

Wiedervereinigung ein Weltproblem

Das Interesse der Vereinigten Staaten an der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands hat nicht nachgelassen. Das

versicherte der amerikanische Botschafter George D. McGhee in der evangelischen Akademie in Tutzingen.

Befriedigt zeigte sich McGhee über die engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren Nachbarn in Westeuropa. Insbesondere sei die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Realität, die von den Vereinigten Staaten begrüßt werde, solange sie nicht eine noch umfassendere Zusammenarbeit ausschließe. „Wir sehen in dem Wunsch der europäischen Staaten, sich enger zusammenzuschließen und gleichzeitig ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten und zu erweitern, nicht den geringsten Widerspruch. Wir halten es gar nicht für notwendig, daß sich Deutschland für das eine oder andere entscheidet. Beides geht ‚Hand in Hand‘“, betonte der Botschafter.

Auf die deutsche Frage eingehend, erklärte McGhee, sie sei nicht lediglich eine „Tragödie für das deutsche Volk“, sondern ein Weltproblem. Der Botschafter wiederholte die Erklärung Präsident Johnsons, daß es in Europa so lange keine Stabilität geben könne, wie Deutschland geteilt bleibe. „Wir waren jederzeit bereit, die deutsche Frage mit der Sowjetunion zu diskutieren, wann immer wir glaubten, daß sich dabei etwas gewinnen ließe“, versicherte McGhee. Gegenwärtig sei die deutsche Frage „leider durch zwei sich direkt gegenüberstehende Fronten mit fixierten politischen Positionen charakterisiert“.

McGhee wies darauf hin, daß sich die Dinge in anderen Teilen der Welt „mehr in Fluß“ befänden und die amerikanische Politik diesen Tatsachen Rechnung zu tragen habe. Das bedeutet nicht, daß das amerika-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Bundeskanzler Erhard empfing im Palais Schaumburg den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, zu einem Konjunkturgespräch.

Bis zum Jahresende Vertrag über multilaterale Atomstreitmacht

Bonns demonstratives Bekenntnis als Antwort auf sowjetische Protestnoten

Die Bundesregierung richtet sich für die Zeit nach den amerikanischen Präsidentenwahlen, spätestens zum Jahresende, auf einen endgültigen Vertragsabschluß über die Bildung der multilateralen Atomstreitmacht (MLF) ein. Sie rechnet damit, daß die Parlamente den Vertrag noch im Laufe des Jahres 1965 ratifizieren können.

Dies ist der Hintergrund der Bonner Erklärungen, wonach die Bundesregierung sich „rückhaltlos“ für die MLF einsetzt. Hierbei wird, wie aus Regierungskreisen verlautet, auch eine Beteiligung Großbritanniens ausdrücklich in Rechnung gestellt, aber nicht mehr zur absoluten Bedingung gemacht. Auch die

neuen Londoner Anregungen zu dem Projekt könnten, gleichviel wie die Unterhauswahlen ausgingen, „die Maschine nicht mehr aufhalten“.

Diese Anregungen sollten nach deutscher Auffassung dennoch gründlich geprüft und bei der sich über mehrere Jahre hinziehenden Realisierung des Vertrages möglichst berücksichtigt werden. Washington und Bonn sind im übrigen zur Zeit ziemlich sicher, daß auch Belgien, Griechenland und die Türkei

und neuerdings auch Italien und Holland mitmachen werden.

Nach Bonner Ansicht haben die Sowjets ihre Protestnoten gegen die MLF jetzt abgesandt, weil sie die weitere Entwicklung unaufhaltsam auf sich zukommen sehen. Dies sei auch der Hintergrund für das demonstrative Bekenntnis des Kabinetts zu dem Projekt. Nach Mitteilung des Regierungssprechers ist der Hauptzweck der MLF politischer Art, wie sie ein einigendes Element für die Verbündeten darstelle und die strategischen Planungen des Gegners kompliziere. Außerdem bedeute sie einen gewissen Riegel gegen die Entstehung weiterer nationaler Atomkräfte.

Wiedervereinigung ein Weltproblem

(Fortsetzung von Seite 1)

nische Interesse an der deutschen Wiedervereinigung nachgelassen habe.

Zur Passierscheinfrage sagte der Botschafter, die Vereinigten Staaten versuchten nicht, die verantwortlichen Behörden in der einen oder anderen Richtung zu beeinflussen. Wörtlich sagte u. a. McGhee: „Wir begrüßen Maßnahmen, zu denen sich die Bonner und Berliner Behörden entschließen, sofern sie diese künstliche Spaltung mildern und Deutsche diesseits und jenseits der Mauer einander näherbringen können. Doch wir alle wissen, daß es bei der Passierscheinfrage um mehr als die Freude am Wiedersehen in den Familien geht. Unter diesem Blickwinkel müssen wir jede Passierscheinregelung überprüfen: Könnte sie die Rechte und Pflichten der Alliierten untergraben? Scheint sie geeignet, den Status Berlins in den eines ‚dritten deutschen Staates‘ umzuwandeln, der keine politischen und wirtschaftlichen Bindungen mehr zur Bundesrepublik hat?“

Nachdrücklich betonte der Botschafter, daß die Vereinigten Staaten in jeder Verhandlungsphase wissen müssen, was vorgehe, und sie erwarteten, daß man sich ihres Einverständnisses versichere, noch ehe man bestimmte Verhandlungspositionen beziehe.

Schritte zur Wiedervereinigung

Das Präsidium und der Politische Ausschuß des Kuratoriums Unteilbares Deutschland hat ein 21-Punkte-Programm mit Empfehlungen zur Wiedervereinigungspolitik beschlossen, das gestern in Berlin veröffentlicht wurde. Das Programm sieht vor allem vor, mehr als bisher im Ausland das Verständnis für die deutschen Probleme zu wecken.

Zu den Programmpunkten gehören unter anderem die ver-

stärkte Förderung von Berlin-Besuchen und die Errichtung von Informationszentren längs der Zonengrenze. Außerdem sollen die Rundfunkanstalten gebeten werden, in ihren Fernseh- und Hörfunksendungen verstärkt gesamtdeutsche Themen zu behandeln. Begegnungen im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks sollen nach Ansicht des Kuratoriums in Zukunft möglichst in Berlin oder in den Zonengrenzgebieten stattfinden.

Besseres Klima Bonn-Belgrad

Neues Handelsabkommen unterzeichnet — Auch Kulturaustausch

Für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen haben sich die Bundesrepublik und Jugoslawien ausgesprochen. Entsprechende Erklärungen sind in einem Protokoll enthalten, das gleichzeitig in Bonn mit den neuen Handelsvereinbarungen von den Regierungsdelegationen beider Länder unterzeichnet wurde.

Auch sind Gespräche über die Möglichkeiten vorgesehen, den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch auszuweiten und zu vertiefen. Außerdem

sollen Fragen des Touristenverkehrs und Probleme erörtert werden, die sich aus der Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter in der Bundesrepublik ergeben.

In dem zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien abgeschlossenen Zusatzabkommen zum deutsch-jugoslawischen Handelsabkommen von 1952 ist eine Berlin-Klausel enthalten. Wie das Auswärtige Amt betonte, wurde das „Land Berlin“ vollgültig in den Geltungsbereich des Abkommens eingeschlossen.

Lübke würdigt die Opfer des 20. Juli „Der deutschen Jugend ein Vorbild“

Gedenkfeier in der Freien Universität — Manifest des Jugendrings

Als Symbol der Selbstachtung des deutschen Volkes und den Beginn seiner Rehabilitierung in der Völkerfamilie hat Bundespräsident Lübke am 20. Jahrestag des mißglückten Attentats gegen Hitler den 20. Juli 1944 bezeichnet. Die Träger des Widerstandes gegen Hitler und den Nationalsozialismus seien zu Märtyrern einer Gesinnung geworden, denen das Eintreten für Anstand und Menschlichkeit als sittliche Pflicht gegolten habe. Der Bundespräsident hielt seine Ansprache während der zentralen Gedenkfeier zum 20. Juli 1944.

Lübke nannte den 20. Juli einen Beweis für das Verlangen des deutschen Volkes sich von der Tyrannei zu befreien und sich von den Verbrechen zu distanzieren, die in seinem Namen begangen worden seien. Trotz der „tiefen Tragik“, die im Scheitern des Attentats gegen Hitler liege, bleibe dieses Geschehen eine „politische Tat von historischer Bedeutung“, die vor allem der Jugend ein Vorbild sein solle.

Als „Geschichtsklitterung“ wies Lübke den Vorwurf zurück, die Widerstandskämpfer hätten sich

erst angesichts der Niederlage zum Attentat auf Hitler entschlossen. Seit 1933 sei die Bereitschaft zum Widerstand in allen Schichten des Volkes verwurzelt gewesen. Dabei müsse ausdrücklich anerkannt werden, daß auch viele undoktriniäre

Kommunisten und Anhänger autoritärer Staatsauffassungen, die sich von Hitler abgewandt hätten, zu den Opfern des Widerstandes gehörten.

Die Gedenkfeiern zum 20. Juli hatte der Bundespräsident mit einer Kranzniederlegung an der Hinrichtungs- und Gedenkstätte in Berlin - Plötzensee eröffnet. Im Schloß Bellevue gab Lübke einen Empfang für mehr als 900 überlebende ehemalige Widerstandskämpfer und Familienangehörige und Mitarbeiter hingerichteter oder verstorbener Opfer des Widerstandes.

Nadelstiche Pekings

Rotchina hat die Schifffahrt in der Straße von Hai-nan eingeschränkt. Wie in London verlautete, kann die zwischen dem rotchinesischen Festland und der Insel Hai-nan zum Golf von Tonking führende Meeresstraße künftig nur noch mit spezieller Erlaubnis der rotchinesischen Behörden befahren werden. Offenbar will Peking den sowjetischen Verkehr zwischen Wladiwostok und Nordvietnam erschweren.

Armenier protestierten

Die Bewohner Sowjet-Armeniens sollen vor kurzem in einer von 2500 Personen unterzeichneten Petition gegen die allgemeine Diskriminierung ihrer Volksgruppe protestiert haben, die noch schlimmer sei als vor der Zeit der kommunistischen Herrschaft. Die Petition ist Ministerpräsident Chruschtschow übergeben und auch außer Landes geschmuggelt und in mehreren Zeitungen und Zeitschriften der Exilarmenier veröffentlicht worden.



Mit einer Kranzniederlegung ehrte Bundespräsident Lübke die Opfer des 20. Juli. Anschließend verharrte er eine Minute lang schweigend vor der hohen Mauer der Hinrichtungsstätte in Plötzensee.

Castros Schwester von Kuba geflüchtet In Mexiko um Asyl gebeten

Enthüllungen über rote Diktatur

Juana Castro Ruz, die Schwester des kubanischen Diktators Fidel Castro, hat mit ihrem Bruder gebrochen und in Mexiko um politisches Asyl gebeten. Sie erklärte auf einer Pressekonferenz: „Ich kann zu dem, was seit 1960 in meiner Heimat geschieht, nicht länger schweigen. Fidel ist ein kommunistischer Diktator. Er hat unser Land an die sowjetischen Imperialisten ausgeliefert.“

Die Schwester Fidel Castros hält sich in Mexiko auf, doch war ihre Ankunft bis zur Pressekonferenz geheimgehalten worden. Mit Tränen in den Augen verlas sie eine längere Erklärung, aus der nicht hervorging, auf welche Weise sie Kuba verlassen hat. Zunächst habe sie ihrem Bruder geholfen; doch als sie erkannte, daß Fidel die Ideale der Revolution verrät und die Kubaner getäuscht wurden, will sie Häftlingen geholfen und Konterrevolutionäre unterstützt haben.

Sie warf ihren Brüdern Fidel und Raoul Castro vor: „Damals begannen sie, Kuba an die sowjetischen Imperialisten auszuliefern. Sie hätte sich davon überzeugen können, daß mindestens 70 000 politische Häftlinge in Gefängnissen Opfer grausamer Behandlung seien. Kommunisten bildeten Guerillakämpfer aus, die nach allen lateinamerikanischen Staaten geschickt würden, um dort illegal zu arbeiten. Auch die Diplomaten würden kommunistisch geschult. Die kubanischen Botschaften in Lateinamerika sind regelrechte Spionagenester.“

Nasser rechnet mit Bonner Einladung

Kairo: Deutsch-ägyptisches Verhältnis besser denn je

Kairo rechnet weiterhin mit einer Einladung Präsident Nassers in die Bundesrepublik. Diplomatische Kreise glauben sicher zu wissen, wann der Präsident formell nach Deutschland eingeladen werden wird: im Januar nächsten Jahres, wenn Bundesaußenminister Schröder Ägypten besucht. Offizieller Anlaß von Schröders Reise werde die Übergabe des Tempels von Kalabascha an die ägyptischen Behörden sein, der durch deut-

sche Ingenieure und Archäologen an einen neuen Standort versetzt wird, damit er nicht in den Fluten des Assuan-Stausees verschwindet.

In Kairo wird darauf verwiesen, daß Bonn durch die ägyptische Haltung in der Deutschland-Frage zur Einladung an Nasser ermutigt werde. Der Präsident befürworte eine Lösung dieses Problems auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Auswärtiges Amt bereitet Pläne für politische Einigung vor

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch das Auswärtige Amt beauftragt, entsprechend der Zusage Bundeskanzler Erhards an de Gaulle neue Vorschläge für die politische Einigung Europas auszuarbeiten. Wie man hört, sollen diese Vorschläge sich zunächst nur auf die sechs EWG-Staaten beziehen. Der vorgese-

hene Vertrag soll aber anderen europäischen Staaten zum Beitritt offenstehen. Wenn das Auswärtige Amt einen solchen Vorschlag fertiggestellt hat, soll er der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht werden. Im weiteren Verlauf ist auch eine Unterrichtung der übrigen europäischen Staaten geplant.

Sozialrat fordert Erhöhung der Rentenbeiträge

Der Sozialbeirat des Bundesarbeitsministeriums hat eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung um ein Prozent zum 1. Januar 1965 empfohlen. Wenn das Parlament diesem Vorschlag folgt, wären künftig 15 Prozent des Bruttoentgelts als Beitrag zur Rentenversicherung zu zahlen. Bei den Pflichtversicherten werden die Beiträge je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen. Die Erhöhung der Beiträge soll mit dazu dienen, die Mittel für die zu Beginn kommenden Jahres geplante Erhöhung der Renten aufzubringen. Der Sozialbeirat sprach sich für eine Erhöhung der Altrenten um 9,4 Prozent aus. Die Neurenten werden um 8,3 Prozent steigen.

Stoph bestimmt selbst

Die SED-Führung bemüht sich weiterhin, das krasse Eingeständnis Chruschtschows, er erkenne den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht nicht zu, propagandistisch zu vertuschen. Nachdem schon Ulbricht in Moskau in Gegensatz zu Chruschtschow das Selbstbestimmungsrecht — wenn auch in kommunistisch verfälschtem Sinne — befürwortet hatte, setzte der amtierende Pankower „Ministerpräsident“ Stoph diese Taktik in einem Interview mit der italienischen kommunistischen Zeitung „Unità“ fort.

Sowjets klagen über Erzeugnisse aus der Zone

Die Sowjetunion hat bei gegenwärtig stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetzone wiederholt Kritik an der Qualität zahlreicher Zonen-Produkte geübt. Der Zonen - Wirtschaftsfunktionär Frohne rief deshalb auf, besonders bei Lieferungen an die Sowjetunion größte Sorgfalt walten zu lassen. „Für unsere sowjetischen Freunde“, sagte der Funktionär vor Mitgliedern des LDP-Bezirksvorstandes der Gesa, „muß das Beste gerade gut genug sein.“

Bürgerrechtsgesetz in USA in Kraft

Nach der Unterzeichnung durch Präsident Johnson
Appell an das amerikanische Volk

Mit der Unterzeichnung durch Präsident Johnson ist das amerikanische Bürgerrechtsgesetz in Kraft gesetzt worden.

Dieses Gesetz, das rund 19 Millionen Amerikanern schwarzer Hautfarbe die Gleichberechtigung garantiert, bedeutet den bisher stärksten Einschnitt in der Geschichte des Kampfes um die Gleichberechtigung der Farbigen in den USA seit der Proklamation der Sklavenbefreiung durch Abraham Lincoln am 1. Januar 1863.

Der Vollzug des Gesetzes wird weitgehend dem Justizministerium zufallen, das ermächtigt ist, Gerichtsverfahren einzuleiten, um die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu erzwingen. Es kann jetzt auch gegen Beamte vorgehen, die die Eintragung von Negern in die Wählerlisten verhindern wollen.

In ersten Reaktionen haben Negerführer, Kongreßvertreter sowie führende Persönlichkeiten aus dem Gewerkschafts- und Kirchenleben das Inkrafttreten des neuen Gesetzes begrüßt. Der Führer des Verbandes zur Förderung der farbigen Bevölkerung Amerikas (NAACP), Wilkins, sagte, der eigentliche Wert des Gesetzes liege in der vom Kongreß ausgesprochenen Anerkennung des Negers. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, Meany, nannte das Bürger-

rechtsgesetz einen wahrhaft historischen Sieg, „ein Sieg nicht nur für die farbige ameri-

kanische Bevölkerung oder die unterdrückten Minderheiten, sondern für die gesamte Nation“.

In den amerikanischen Südstaaten hat das neue Bürgerrechtsgesetz fast ausnahmslos dazu geführt, daß die bisher streng gehüteten Rassenschranken fielen. Aus den meisten Städten in den Bundesstaaten Alabama, Virginia, Florida, Tennessee, Georgia und Südkarolina wurde gemeldet, daß die farbige Bevölkerung ihre Rechte ohne Einschränkungen ausüben konnte.

Moskau betreibt Isolierung Pekings

Berichte über begrenztes rotes Gipfeltreffen in Warschau

Ministerpräsident Chruschtschow scheint entschlossen, es auf eine Kraftprobe mit Rotchina ankommen zu lassen. Wie kürzlich aus diplomatischen Kreisen in London zu erfahren war, soll diese Kraftprobe auf einem begrenzten Gipfeltreffen der kommunistischen Führer aus den Ländern des Sowjetblocks und der bedeutendsten Parteien im übrigen Ausland vorbereitet werden.

In den letzten Wochen haben dem Vernehmen nach ständige Konsultationen zwischen den KP-Führern der Klärung der Frage gedient, wo die Mehrzahl der kommunistischen Parteien im sowjetisch-chinesischen Meinungsstreit steht. Moskau soll ferner beunruhigt sein, daß innerhalb des osteuropäischen Machtbereichs ernste Zeichen dafür gegeben sind, daß nicht

nur „chinesische Einflüsse“, sondern auch national orientierte Tendenzen spürbar werden.

In London hieß es, da für eine Beseitigung der Differenzen Moskau mit Peking so gut wie keine Möglichkeiten bestehen, soll der Krenl zu dem Schluß gekommen sein, es sei besser, einen offenen Bruch mit Rotchina und dem Anhang Peking in Kauf zu nehmen als der Auflösung des auf Moskau orientierten Blocks weiterhin dadurch Vorschub zu leisten, daß man „Chinesen“ wie Nationalkommunisten im sowjetischen Machtbereich ungehindert weiter zum Schaden der „gemeinsamen Linie“ freie Hand läßt. Nach der Trennung vom chinesischen Block würde im übrigen Lager die Festigung der „Disziplin“ die erste Aufgabe sein.

Chinesen in der SED

Die SED hat in mehreren Fällen Mitglieder, die mit der Haltung der kommunistischen Führer Chinas sympathisieren, aus der Partei ausgeschlossen. Das hat der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder), Mückenberger, jetzt erstmals offen zugegeben.

Mückenberger warf den Kreisleitungen am vergangenen Wochenende auf der SED-Bezirksdelegiertenkonferenz vor, sie hätten der Auseinandersetzung mit ehemaligen Genossen, die „der trotzkistischen Plattform der Leiter der KP Chinas auf den Leim gekrochen“ seien, um Monate verzögert. Erst das Eingreifen der Bezirksleitung habe zum Ausschluß dieser Mitglieder aus der Partei geführt.

Halbe Entschuldigung der „Iswestija“

Die sowjetische Regierungzeitung „Iswestija“ ist inoffiziell von ihren Angriffen gegen Bundespräsident Lübke abgerückt. Wie aus dem Auswärtigen Amt bekannt wurde, hat ein Redakteur der „Iswestija“, offensichtlich im Auftrage seines Chefredakteurs Adschubej, „gegenüber deutschen Persönlichkeiten in Moskau“ erklärt, die „Iswestija“ habe bei der Übernahme eines Berichtes über die Angriffe des SED-Propagandisten Norden gegen Lübke nicht die Absicht gehabt, sich mit diesem Bericht zu identifizieren. Ebensowenig sei beabsichtigt

gewesen, Lübke zu beleidigen. Es handele sich um ein „bedauerliches Versagen“ eines Redakteurs. Gleichzeitig sprach der Vertreter der „Iswestija“ die Hoffnung aus, daß der bevorstehende Besuch Adschubejs in der Bundesrepublik hierdurch nicht beeinträchtigt werde.

In Bonner amtlichen Kreisen ist dieser Entschuldigungsversuch der „Iswestija“ mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Das Auswärtige Amt, das bei der sowjetischen Botschaft gegen das Verhalten der „Iswestija“ protestiert hatte, wartet auf offizielle Antwort.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtofen-Straße 2

Vor neuem VW-Produktionsrekord

1500 Aktionäre nahmen an der Hauptversammlung in Wolfsburg teil

Das VW-Werk ist entschlossen, seine Kapazität trotz mancher Schwierigkeiten auf dem europäischen Markt mehr und mehr auf den Spitzenbedarf abzustellen. Mit diesen Worten entkräftete Generaldirektor Nordhoff die Bedenken gegen eine mögliche Automobil-Überproduktion in Europa. Vor über 1500 Aktionären, die sich zur Hauptversammlung der Volkswagenwerk AG in der Wolfsburger Stadthalle zusammengefunden hatten, zeichnete er ein optimistisches Bild von der

Entwicklung der VW-Werke im Geschäftsjahr 1964. Obwohl das vorige Jahr das bisher beste gewesen sei, lasse die Produktion im ersten Halbjahr 1964 — mit 742 000 Volkswagen aller Typen, 126 000 mehr als im ersten Halbjahr 1963 — einen neuen Rekord erwarten.

Besonders bemerkenswert ist nach Ansicht von Nordhoff der verdoppelte Absatz des VW 1500. Aber auch ein starkes Steigen der Nachfrage nach dem VW 1200 scheinne eine neue Entwicklung einzuleiten. Nordhoff

erteilte allen Kritikern des VW 1200 eine klare Absage. „Wir werden den VW 1200 weiterbauen, ihn weiter verbessern, und wir werden seinen immer noch unter dem Niveau von 1949 liegenden Preis solange konstant gehalten, wie das beim Steigen der Preise und Kosten möglich ist.“

Sechs offene Stellen auf jeden Arbeitslosen

Von tausend unselbständigen Arbeitnehmern im Bundesgebiet und West-Berlin sind gegenwärtig nur fünf ohne Erwerbstätigkeit. Im Monat Juni fiel die Zahl der Arbeitslosen um 14 488 auf 112 166; das ist der gleiche Stand wie vor einem Jahr. Von den Arbeitslosen waren 70 436 Männer und 41 730 Frauen. Nach Mitteilung der

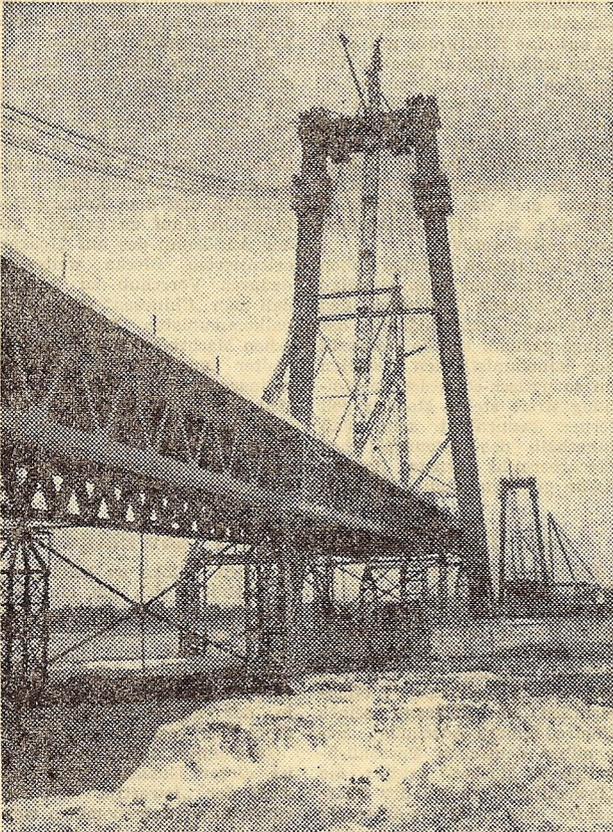
Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg erhöhte sich im Berichtsmonat der Bestand an offenen Stellen um 34 806 auf 661 938, womit der Stand von vor einem Jahr um 64 692 übertroffen und zugleich der höchste seit der Währungsreform 1948 erreicht wurde. Gesucht wurden 383 747 männliche und 278 191 weibliche Arbeitskräfte. Nach der Statistik sind jetzt für jeden Erwerbslosen sechs Arbeitsstellen vorhanden.

Im Monat Juni wurden 18 795 ausländische Arbeitnehmer angeworben, im ersten Halbjahr insgesamt 89 800. Gegenwärtig befinden sich rund 840 000 ausländische Gastarbeiter in der Bundesrepublik und in West-Berlin.



Größte Hängebrücke entsteht am Niederrhein. Im Juli 1965 soll die Brücke, die mit 800 Metern Europas längste Hängebrücke ist, dem Verkehr übergeben werden. Die Kosten betragen etwa 50 Millionen DM.

1,12 Millionen Neubauwohnungen gefördert

Erfolgreiche Bilanz der privaten Bausparkassen — Noch 1,8 Millionen nicht zugeteilte Verträge

Die privaten Bausparkassen haben in den vergangenen 16 Jahren ihren Kunden 25 Mrd. DM für Bauvorhaben und für sonstige wohnungswirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Seit der Währungsreform im Jahre 1948 bis Ende Mai dieses Jahres schütteten die Institute aus Mitteln der Zuteilungsmasse fast 22,5 Mrd. DM aus. Darüber hinaus wurden 2,3 Mrd. DM Zwischenkredite gewährt.

Nach Angaben des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (Bonn) wurden mit diesen Leistungen 1,12 Millionen Neubauwohnungen gefördert. Daneben wurde mit den Mitteln der privaten Bausparkassen der Erwerb von Wohngebäuden sowie die Modernisierung und In-

standhaltung des Wohnungsbestandes finanziert. Die Tatsache, daß die privaten Bausparkassen Ende Mai dieses Jahres fast 1,87 Millionen noch nicht zugeteilte Bausparverträge über 36,5 Mrd. DM Bausparsummen verwalteten, lasse erkennen, daß von privaten Bausparkassen noch große Aufgaben zu bewältigen sind.

Im vergangenen Jahr haben die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 127 407 Wohnungen und 21 806 sonstige Mietlichkeiten (Garagen, Läden, Gewerberäume) in eigener Bauherrschaft fertiggestellt. Für dieses Programm war nach Angabe ihres Spitzenverbandes ein Investitionsaufwand von rund 4,97 Mrd. DM erforderlich. Das sind 12 % mehr als im Jahre vorher.

de Versorgungsstörungen auftreten. Die Schwäche sei systembedingt und werde daher selbst bis 1970 die Bemühungen der SED scheitern lassen, den drastischen Rückstand der Zonen-Wirtschaft gegenüber der Bundesrepublik abzubauen oder gar zu überwinden. Die von Ulbricht eingeleiteten Reformexperimente stellten entgegen anderen westlichen Meinungen keine Liberalisierung der Wirtschaft dar, sondern nur Versuche zur Modernisierung und Rationalisierung. Ihre Wirkung müsse gering sein, da die Grundlagen der Befehlswirtschaft unverändert bleiben. Der „Rauschzustand“ des Jahres 1958, als die SED zur Übertreibung des westdeutschen Lebensstandards bis 1961 aufgerufen hatte, sei heute längst verfliegen. Von 1958 bis heute sei der Lebensstandard der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik stärker angestiegen als in der Zone. So sei der ursprünglich bis 1965 konzipierte erste Siebenjahrplan der Zone bereits Ende 1963 unter blamablen Umständen abgebrochen worden, weil der Zonen-Industrie der Atem ausging. Der zweite Siebenjahrplan von 1964 bis 1970 mit seinen wesentlich bescheideneren Zielen bringe für die Zonen-Wirtschaft vorerst nur ein unruhiges Vorwärtstasten, keinesfalls aber eine Krisenentspannung.

Wirtschaftskrise ist systembedingt

Untersuchungen des Forschungsbeirates über die Zonen-Wirtschaft

„Die Zeit der krisenhaften Störungen ist für die sowjetzonalen Wirtschaft ebensowenig zu Ende wie die der wirtschaftsorganisatorischen Experimente.“ Zu diesem Ergebnis kommt Professor Thalheim in einer jetzt der Öffentlichkeit vorgelegten umfangreichen Untersuchung „Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau“, die im Auftrage des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen vorgenommen wurde. Der Präsident des Forschungsbeirates, Gradl, erklärte dazu vor der Presse, die Untersuchung von Professor Thalheim und eine gleichzeitig veröffentlichte Arbeit von Professor Gleitze über die Zonen-Industrie hätten die kommunistische Legende von der krisenfreien sozialistischen Wirtschaft widerlegt. Es sei damit das „unerhörte Phänomen“ nachgewiesen worden, daß dieses System von tiefergreifenden Krisen geschüttelt wird als sie die westliche Wirtschaftsform in diesem Jahrhundert kenne.

Die beiden umfangreichen Untersuchungen bilden die

ersten beiden Bände einer neuen Schriftenreihe „Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa“, die der Forschungsbeirat herausgibt. Die beiden Berliner Professoren kommen zu dem Schluß, daß die sowjetzonalen Wirtschaft seit Jahren unter einer echten Krisensituation leide, da wesentliche Planaufgaben ständig nicht erfüllt wurden und immer wieder ernste, länger andauern-

Rumänien bekräftigt seine unabhängige Wirtschaftspolitik

Pressekonferenz des Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten

Der Erste stellvertretende rumänische Ministerpräsident Apostol hat vor westlichen Journalisten in Wien die unabhängige Wirtschaftspolitik seines Landes bekräftigt. Rumänien, sagte er, werde in Fragen der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen seinen gegenwärtigen Standpunkt beibehalten, „obwohl unsere Ansichten von denen der sowjetischen kommunistischen Partei differieren“.

Apostol begründete die Hal-

tung Rumäniens mit den Worten: „Wir glauben, daß der Gedanke der supranationalen Kontrollen den Grundsätzen der sozialistischen Zusammenarbeit widerspricht. Wir halten an dem Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen kommunistischen Parteien, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder und dem Recht jedes Landes fest, seine wirtschaftlichen Reserven zum größtmöglichen Nutzen zu mobilisieren.“

Atomkraftwerke im „Paket“

Ohne daß die Öffentlichkeit viel davon bemerkte, vollzog sich vor einigen Wochen in Schweden ein denkwürdiges Ereignis auf dem Gebiete der Wärmetechnik: Das Atomkraftwerk Agesta übernahm die Beheizung und Warmwasserversorgung der Stadt Farsta im Südosten Stockholms. Der Übergang vom traditionellen Beheizungssystem zum Kernkraftsystem erfolgte ohne Mißgeschick. Schwedens Atomkraftproduzenten arbeiten jedoch bereits an weiteren Milliardenprojekten.

Das Unternehmen ASEA hat vor kurzem die ersten Aufträge auf die Lieferung von Reaktorteilen für das große Kraftwerk Marviken erhalten, der Wert der Bestellung beträgt 100 Millionen Kronen. Ein anderer Auftrag betrifft die größte und teuerste Turbinenanlage, die jemals in Schweden gebaut worden ist. Bei der Auswertung der Kernkraftwärme wird man die bisherigen Wärmewechslser vermeiden und einen direkten Weg der Wärmeverwertung benutzen. Dieses System ist eine Weltneuheit.

Die „Atomgruppe“ des Johnsonkonzerns in Nynäshamn konstruierte bereits einen „Atomreaktor im Paket“, der sowohl mit angereichertem Uran-

dioxyd als auch mit natürlichem Uran arbeiten kann. Die „Paketreaktoren“ bekommen einen Nutzeffekt von 360 Megawatt, und Johnson zielt auf den Export kompletter Anlagen.

Eine norwegisch-schwedische Forschungsgruppe wiederum arbeitet an der Projektierung stark vereinfachter Atomkraftmaschinen, die in Handelsschiffe eingebaut werden können. Bereits 1970 will man Atomkraftmaschinen für Fahrzeuge von 65 000 Tonnen bauen. Durch eine chemische Vorbehandlung des Kühlwassers wird man gewöhnlichen Stahl verwenden können und eine leichtere Anlage erhalten. Die Fahrtgeschwindigkeit wird etwas höher sein und außerdem wird man an Stelle

der Brennstoffvorräte mehr Nutzlast mitnehmen können. Der Brennstoff für ein solches Fahrzeug wiegt nur wenige Kilogramm. Die Konstruktionsgruppe, die in Lilleström in Norwegen arbeitet, ist davon überzeugt, daß ihr Reaktor billiger sein wird als alle anderen bekannten Typen.

Fast 1,2 Millionen Fluggpassagiere in Berlin in sechs Monaten

Im Monat Juni wurden auf beiden Berliner Flughäfen insgesamt 249 165 Fluggpassagiere gezählt. Das sind 1,7 Prozent mehr als im Juni 1963. Damit sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 1 197 633 Fluggpassagiere registriert worden. Die Zahl der Flugzeugbewegungen im Berlin-Verkehr stieg im Juni um 24,6 Prozent auf 6044. Damit wurden im ersten Halbjahr 1964 insgesamt 28 932 Starts und Landungen in Tempelhof und Tegel ausgeführt.

„Die Volksdemokratie ist doch eine eigenartige Sache“, erklärte kürzlich ein Journalist, als er von einer Reise durch die Tschechoslowakei und Ungarn zurückkehrte, „denn sie hat keinen Anfang und kein Ende. Das Volk, also der einfache Mann, fürchtet sich vor dem Hausobmann, der fürchtet sich vor dem Zirkelleiter, dieser vor dem Ortsvorsitzenden, der vor dem Bezirksvorsitzenden, dieser wieder vor dem Zentralkomitee und das wiederum fürchtet sich vor dem Volk!“

★

Der Sohn des SED-Genossen Kien in Leipzig war zur Musterung befohlen worden. Als er von der Untersuchung heimkam, fragte sein Vater: „Na, bist du tauglich, das Ehrenkleid unserer Streitkräfte zu tragen?“ — „Ja.“

Die Wahrheit im Witz

— „Und zu welcher Waffengattung kommst du?“ — „Ich glaube, wir kommen alle zur Infanterie.“ — „Was heißt: Ich glaube?“ — „Ich hörte nur, wie der Stabsarzt zu seinem Assistenten sagte: „Zu diesen Soldaten kann man der Volksarmee nur gratulieren — das sind alles potentielle Über-Läufer!““

★

Eine polnische Landwirtschaftsdelegation, die mehrere Tage die Musterkolchosen der Sowjetzone besichtigt hatte, wurde auf dem Ostberliner Flugplatz Schönefeld von einigen SED-Genossen verabschiedet. „Hat es euch bei uns gefallen?“ wollte ein Genosse wissen.

„Ja, danke“, sagte der polnische Delegationsleiter, „wir haben sehr viel von eurer Landwirtschaft gelernt. — Wir werden daheim allen Menschen erzählen...“ „Das freut uns aber!“ „... wie man es nicht machen soll!“

★

Zwei Grenzpolizisten stehen nachts bei Klein-Machnow am Stacheldraht und starren nach West-Berlin.

Fragt der eine: „Woran denkst du?“

Antwortet der andere: „Woran du auch denkst.“

„Dann müßte ich dich eigentlich sofort verhaften.“

★

Was ist eigentlich eine Sardine?

Ein Walfisch, der den Sozialismus überlebt hat.